

Antrag

**der Abgeordneten Mehmet Yildiz, Heike Sudmann, Deniz Celik,
Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch,
Inge Hannemann, Stephan Jersch, Christiane Schneider (DIE LINKE)**

Betr.: Olympiareferendum mangels tragfähiger Kostenermittlung und Ernsthaftigkeit verschieben

Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg hat entschieden, ein Referendum für den 29. November 2015 anzusetzen. Die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs sollen dann entscheiden, ob Hamburg sich für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 bewerben soll.

Eine Entscheidung für Olympia 2024 hat weitreichende Folgen, die zum großen Teil heute noch nicht dargestellt werden. Insbesondere die Frage der Kosten für die Stadt ist nicht abschließend geklärt. Der Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg weist in seiner Pressemitteilung vom 11.09.2015 darauf hin, dass aus heutiger Sicht zum Zeitpunkt des Referendums eine tragfähige Ermittlung der Kosten nicht möglich ist. Eine unwiderrufliche Entscheidung zu diesem Zeitpunkt hält er für zu früh. Deshalb schlägt er vor, dass die Bürgerschaft sich später gegebenenfalls nicht an das Ergebnis des Referendums hält. Diese Möglichkeit des späteren Einkassierens des Ergebnisses wird auch von den Regierungsfractionen vertreten, so zum Beispiel von den Abgeordneten der GRÜNEN in der Sitzung des Sport- und Olympia-Ausschusses am 28.08.2015.

Vor diesem Hintergrund können die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs objektiv zum Zeitpunkt des Referendums weder wissen, welche konkreten Folgen ihr Votum hat, noch, ob ihr Votum überhaupt bindend sein wird.

Die kürzlich aus der Olympiabewerbung zurückgetretene Stadt Boston hatte ursprünglich als Termin für ein abzuhaltendes Referendum Ende November 2016 festgelegt. Dieser Termin liegt innerhalb der vom IOC vorgegebenen Fristen. Kosten und andere Konsequenzen der Austragung Olympischer Spiele wären zu diesem Zeitpunkt zumindest besser einschätzbar als Ende November 2015.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen,

das anberaumte Referendum vom 29. November 2015 auf den 27. November 2016 zu verschieben. Bis dahin sind konkrete Fakten zu den Kosten und weiteren Konsequenzen für Bewerbung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 durch den Senat nachvollziehbar vor der Hamburgischen Bürgerschaft darzulegen.